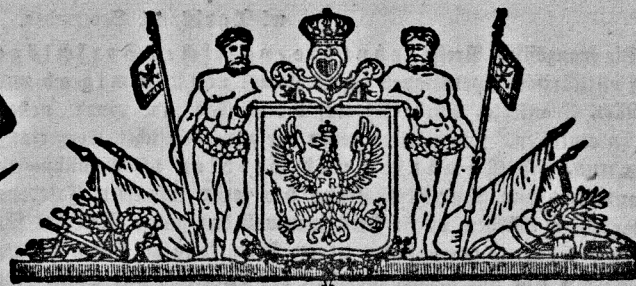


Vossische



Zeitung

5 Mark

Gegründet

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elban, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Der Parteitag der Einigung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Augsburg, 17. September.

Das Leitmotiv des sozialdemokratischen Parteitags war: große Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, von Stresemann bis Scheidemann. Sie ist in Preußen Wirklichkeit geworden — und man hat mit ihr keine schlechten Erfahrungen gemacht — im Reich hat man sich nahe am Ziel auseinandergeredet, vielleicht, weil innerhalb der Deutschen Volkspartei wesentliche Voraussetzungen nicht eingetroffen sind. Das beherrschende Leitmotiv des Parteitages von Augsburg, der gestern mit einem Begrüßungsabend eröffnet worden ist, lautet: Sozialistische Einigung. Es wird immer wieder angeschlagen: in der Begrüßungsrede des Augsburgers Simon, kräftiger und tönender in der politischen Rede des Parteiführers Müller-Franken, in dem Telegramm des Reichspräsidenten Ebert, in dem es heißt, daß die Einigung heute mehr als je eine Lebensfrage der Arbeiterschaft, aber auch ein dringendes staatspolitisches Gebot sei. Es wird fortgesetzt in den Ansprachen der Gäste aus dem Ausland, des Königs Stauning, der Engländer, die zum erstenmal seit dem Krieg zu einem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Vertreter entsandt haben — die Mitglieder des Unterhauses Davis, und Amon — die mit Rufen und Händeklatschen besonders warm willkommen geheißen werden. Der Gedanke an die bevorstehende Einigung und daß beide sozialistische Parteien seit 1917 getrennt aufeinander losgeschlagen haben und von Nürnberg ab wieder vereint marschieren wollen, beherrscht die Augsburgs Tagung so völlig, daß man getrost sagen kann, Augsburg ist eine fünfjährige Duvertüre zu dem fünfständigen gemeinsamen Parteitag, der am nächsten Sonntag in Nürnberg abgehalten werden soll.

Auf einen Vorschlag von Wels, der wieder zum Vorsitzenden des Parteitags gewählt wurde, ist der erste Punkt der Tagesordnung (Bericht des Parteivorstandes) dreigeteilt und die Referate über die „Einigung“ bis Donnerstag zurückgestellt worden, dem Tage, da in Gera die Unabhängigen das gleiche Thema beraten wollen. In Gera wird sich mindestens eine Stimme der Opposition vernehmen lassen, die des Abg. Ledebour, in Augsburg vermutlich keine.

In der herbstlich kühlen Atmosphäre, die gestern abend in der Augsburgs Sängerhalle herrschte, ist der Parteitag am wärmsten geworden, als Müller-Franken zu rascher Arbeit aufforderte und mit 27 Worten schloß: Dann auf nach Nürnberg. Und der Parteitag stimmte beifällig zu, als Wels erluchte, Anträge, wie z. B. den über eine Neugliederung des Reichs, zurückzustellen, bis sie vor dem Forum der Tagung der geeinten Sozialdemokratie verhandelt werden können. In Nürnberg wird man einen neuen Parteivorstand wählen, wahrscheinlich auch ein neues Aktionsprogramm beschließen.

Fast wird der Augsburgs Parteitag nur noch als Rumpfparteitag angesehen, der nicht die ganze Vollmacht besitzt. So darf man große programmatrische Auseinandersetzungen nicht erwarten. Das wichtigste Thema in Augsburg wird wohl die Justizreform sein. In die Diskussion über die Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung wird wohl der Reichsjustizminister Dr. Radbruch eingreifen, der neben seinen sozialistischen Ministerkollegen Schmidt und Köster, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem preussischen Minister des Innern, Severing, am Parteitag teilnimmt.

Die wiedergeeinte sozialdemokratische Fraktion wird im Reichstag voraussichtlich 180 Köpfe stark sein u. d. die Regierung, so auch zur Mehrheits-Koalition machen. Das ist die naheliegende Erklärung dafür, daß das Leitmotiv vom Vorjahre hier in keiner Schwingung nachklingt. Der Beschluß von Görlitz wird in Augsburg nicht widerrufen, aber auch nicht bestätigt werden. Er ist für die Sozialdemokratie anscheinend gegenstandslos geworden und der Gedanke an die große Koalition für absehbare Zeit offenbar abgetan. Man wird das aus mehr als einem Grund bedauern, aber damit rechnen müssen, wenn die parlamentarische Herbstkampagne beginnt. Die Sozialdemokratie ist sich der Erstarkung des Einflusses und der Stöckkraft, die ihr aus der Einigung erwächst, bewußt und entschlossen, sie politisch und parlamentarisch zu nutzen.

Abg. Müller-Franken hat gestern in der Sängerhalle vor dem engeren Forum der Parteigenossen und bei einer Veranstaltung, die auch propagandistischen Zwecken diente, nicht ohne jenes Verantwortungsbewußtsein gesprochen, das den Parteiführer von dem Agitationsleiter unterscheidet. Die beiden sozialdemokratischen Parteien seien zusammengeführt worden in diesem Kampf um den Schutz der Republik. Den Himmel würden sie aber auch nach der Einigung nicht stürmen können. Das „Immer feste druff“ würden sie weiterhin den Nationalisten und Kommunisten überlassen müssen. Ihrer aber harre schwere Arbeit.

Aus diesen Worten spricht die Erkenntnis der Grenzen, die der Auswirkung der reinen Tat gesetzt sind. Aber die Sozialdemo-

kratie weiß, daß vorwiegend in der inneren Politik ihre verantwortliche Mitarbeit gerade jetzt, da wir — um mit den Worten Hermann Müllers zu sprechen — einem Winter entgegengehen, bedrohlicher als je einer in der Kriegszeit es war, weniger entbehrt werden kann, denn je. In dem gesteigerten Gefühl der inneren Kraft und Geschlossenheit wird sie eher dem Argument zugänglich sein, daß der äußeren Politik des Deutschen Reiches eine der wichtigsten Stützen fehlt, wenn sie nicht von Verwaltern der deutschen Wirtschaft mitgetragen wird und daß die Gefahren des kommenden Winters, die ja doch nur auf die Einwirkung von außen zurückzuführen sind, um so leichter abzuwehren wären, je

breiter die Phalanx ist, die wir gegen sie bilden. Gerade eine Partei, die wie der Abg. Müller-Franken gestern mit einem Gefühl der Genugtuung feststellte, nicht mehr verurteilt ist, eine reine Oppositionspartei zu sein, sollte sich davor wahren, eine andere Partei dauernd in die Oppositionsstellung zu zwingen, in der sich nicht nur starke wirtschaftliche, sondern auch große moralische Kräfte konzentrieren. Die positive verantwortliche Mitarbeit dieser Schicht des Volkes zurückweisen, heißt politische Verschwendung treiben, die wir uns in all u. jeder politischen Not nicht leisten können.

(Siehe auch 3. Seite.)

Englische Kriegsvorbereitungen.

Die Haltung der Dominien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* London, 17. September.

Nach einer heute abend ausgegebenen Neutermeldung haben heute nachmittag Lloyd George, Chamberlain, Birkenhead, Worthington Evans, Horne und Churchill in Chaquers eine Zusammenkunft abgehalten, bei der die Beratung der türkischen Frage fortgesetzt wurde. Sie standen während des ganzen Tages in Verbindung mit dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und den übrigen Londoner Amtsstellen.

Montag nachmittag findet ein Kabinettsrat in Downing-Street statt, auf dessen außerordentliche Bedeutung bereits in einer am Sonnabend ausgegebenen Neutermeldung hingewiesen war. Zugleich wird das Eintreffen des serbischen Außenministers Nikschitsch, erwartet, der aus Paris kommt und sich mit Lloyd George und dem Staatssekretär des Auswärtigen beraten wird.

Ueber die englische Einladung an die Dominions, sich mit Truppen an einer Dardanellenaktion zu beteiligen, verlautet aus Montreal, daß dort größte Ueberraschung herrscht. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Parlament allein die Entscheidung darüber zustehet; heute findet ein Ministerrat statt, um die Antwort an London zu beschließen. Unter den Ministern scheint eine sehr geteilte Stimmung zu herrschen, und die Frage, ob man sich auf einen neuen Krieg einlassen solle, begegnet schon innerhalb des Kabinetts ernststen Bedenken. Ein Mitglied des indischen Staatsrats, das sich zufällig in Montreal aufhält, hat in einer Rede im Reformklub auf die Gefahr eines Zwistes mit 75 Millionen Mohammedanern im englischen Hoheitsbereich hingewiesen.

Auch aus Kapstadt verlautet von ausgesprochener Abneigung gegen die Entsendung südafrikanischer Truppen nach den Dardanellen. Sowohl die Nationalisten wie die Arbeiterpartei werden einen dahingehenden Antrag bekämpfen.

Nur aus Australien, das sich ja schon im Weltkriege oft englischer als England selbst gebärdete, das freilich auch durch den Verlust von 20 000 Anzac-Kämpfern auf Gallipoli, deren Gräber zu verteidigen Lloyd George die Australier pathetisch aufkruft, gegen die Rückgabe der Meerengen an die Türken eingenommen ist, kommt prompt die bedingungslose Zustimmung. Wenn und soweit es notwendig sei, werde Australien und Neuseeland England im Kampfe gegen die Kemalisten unterstützen.

Jedenfalls steht nach den Besprechungen in Chaquers fest, daß die englische Regierung an ihrem Beschluß, Kemal am Ueberfahren der Dardanellen zu verhindern, festzuhalten gedenkt. Die Presse billigt einstimmig die bisher getroffenen Maßnahmen der Regierung. Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“ verheißt sich nicht, daß die Last neuer kriegerischer Operationen allein auf den Schultern der englischen Armee und eventuell derjenigen der Dominien ruhen würde. Aber eine feste Haltung seitens der Alliierten, und nur diese allein, könne noch eine Katastrophe verhindern.

Die Haltung der Kleinen Entente.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 17. September.

König Alexander von Serbien, der sich augenblicklich in Paris aufhält, hat Sonnabend Poincaré erklärt, er betrachte ein Uebergreifen der Nationalisten auf europäischen Boden als eine Gefahr für Serbien. Der Vertreter der Angoraregierung in Paris, Ahmed Ferid-Bei erklärte demgegenüber ebenfalls Poincaré persönlich, daß eine Rückkehr der Türken nach Schrazen keinerlei Gefahr für die Balkanstaaten bedeute. Auch in Konstantinopel ist von dem Angora-Vertreter eine Erklärung abgegeben worden, die Kemalisten seien durch ihren

glänzenden Sieg in keiner Weise berührt, obwohl die riesige Beute ihnen gestattet habe, ihre Ausrüstung erheblich zu verbessern und die Wiedereroberung der wertvollsten Gebiete Anatoliens ihnen eine erhebliche Stärkung gebracht habe. Sie würden sich jedoch auch angesichts dieser Lage strikt auf die vorher geforderten Friedensbedingungen beschränken.

Havenstein zurückgekehrt.

Wie halbamtlich gemeldet wird, ist Reichsbankpräsident Havenstein aus London zurückgekehrt und hat heute vormittag dem Reichskanzler über den Verlauf seiner Besprechungen Bericht erstattet. Heute nachmittag findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt die sich mit der Reparationsfrage beschäftigen wird.

Die Orientnote der Sowjetregierung.

Karachan an Curzon.

Die Note, die der russische Volkskommissar Karachan an den englischen Außenminister Lord Curzon gerichtet hat, enthält die Erklärung, daß die Sowjetregierung sich an das Abkommen mit der Angoraregierung gebunden halte, das 1921 in Moskau abgeschlossen worden ist. Dieses Abkommen sehe die freie Durchfahrt durch die Dardanellen ausschließlich für die Handelsschiffe aller Nationen vor und reserviere das Recht, ein endgültiges Meerengenstatut zu erlassen, lediglich den Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres. Rußland, die Türkei, die Ukraine und Georgien, die fast das ganze Ufer des Schwarzen Meeres besitzen, könnten niemand das Recht zuerkennen, sich in die Lösung der Meerengenfrage einzumischen und würden diesen Standpunkt selbst gegenüber einer durch militärische oder maritime Ueberlegenheit unterstützten Opposition aufrechterhalten. England müsse anerkennen, daß die durch den Krieg und seine Folgen erschöpften europäischen Mächte die internationalen Probleme nicht durch Gewalt, sondern im Wege friedlicher Vereinbarungen mit denjenigen Staaten lösen müßten, deren Lebensinteressen auf dem Spiele ständen.

Der russische Außenkommissar lehnt zu Eingang seiner Ausführungen mit einer leisen Ironie den offenbar von Balfour gemachten Versuch ab, in seiner Note vom 19. Juli an die Großmächte eine Beschwerde gegen Griechenland zu erblicken. Griechenland, so meint Karachan, sei nur ein schwaches Werkzeug in der Hand der Westmächte. „Wenn man die Regeln des Krieges ernst nimmt, die in Wirklichkeit immer mehr in Friedenszeiten durchgeführt und von allen europäischen Mächten im Kriege von 1914 verletzt worden sind, so muß nicht nur Griechenland, sondern auch all die, die es unterstützt haben, die schwerste Beurteilung erfahren.“ Und an anderer Stelle: „Die russische Regierung sieht die Verantwortlichkeit der Ententemächte durch die Tatsache engagiert, daß sie die Verletzung des Friedenszustandes am Schwarzen Meer durch die Öffnung der Meerengen für die griechische Kriegsflotte zugelassen und den Uferstaaten dieses Meeres dadurch schweren Schaden in ihren Wirtschaftsverhältnissen zugefügt haben.“

Rußland lehnt im voraus die Anerkennung irgendeines Beschlusses der etwaigen Konferenz von Venedig ab und betont, daß der Feldenkampf des türkischen Volkes in der Note Balfours, die Rußland das Unterlassen irgendwelcher Friedensbemühungen gegenüber Angora vorwirft, offenbar einer völligen Verständnislosigkeit begegnet sei. „Ich bin Herrn Balfour sehr dankbar für das in dieser Frage bekundete Interesse, denn er bestärkt mich wieder einmal in der Ueberzeugung, daß die europäischen Mächte sich die konfuseste Idee über die Art und Weise gebildet haben, mit der Rußland der Türkei und der Lage im nahen Orient gegenübersteht.“ Die Türkei verteidige ihre Unabhängigkeit gegen die vernichtenden Bestimmungen des Vertrages von Sevres und